

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausleger und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Bekanntmachungen der Stadt und des Amtsgerichts Auer. — 20. Jahrgang

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 86

Sonntag, den 12. April 1925

20. Jahrgang

Kabinett Herriot zurückgetreten.

Paris, 10. April. Das Kabinett Herriot erlitt im Senat eine entscheidende Niederlage. Die Tagesordnung der demokratischen Linken, die der Regierung das Vertrauen ausspricht wurde mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Die Ursache der schweren Niederlage der Regierung, die seit dem 15. Juni 1924 am Ruder war, ist vor allem auf einen Brief zurückzuführen, den der Gouverneur der Bank von Frankreich an den Finanzminister de Monzie gerichtet hat, worin er ihn auf den ungesunden Zustand aufmerksam machte, daß die Bank über 45 Milliarden Franken Banknoten ausgegeben habe, während gesetzlich bloß 41 Milliarden gestattet sind. Infolgedessen ergebe sich, wie der Gouverneur schreibt, die Frage, ob die Bank ihre Operationen mit der Kundschaft und mit dem Finanzminister fortsetzen oder diese einstellen solle. Da natürlich eine solche Einstellung des Geschäftsbetriebes die schwersten Folgen

für das Wirtschaftsleben Frankreichs hätte, wollte der Gouverneur zwar provisorisch die Operationen fortsetzen lassen, forderte aber, daß der Finanzminister sofort das Nötige veranlasse, daß die Steigerung des Banknoten-Umlaufs von beiden Kammern bewilligt werde.

Im Laufe der Debatte im Senat erklärte Poincaré: daß Deutschland die Schuld an der Finanzlage trägt.

Für Poincaré ist natürlich noch immer Deutschland an allem schuld.

Poincaré rechtfertigte die Finanzmaßnahmen, die er ergriffen hatte. Es ist ein Unrecht, daß die Ruhrbesetzung Finanzschwierigkeiten hervorgerufen habe. Sie sei im Gegenteil produktiv gewesen und dann beginnt Poincaré in ermüdender Breite, die den ganzen Saal einschließt, die von ihm schon vielfach zitierten Ziffern über die Ergebnisse der Ruhrbesetzung zu wiederholen.

Komitees übernommen und als Schlichtrichter in allen Fragen eingegriffen, über die eine Verständigung zwischen den Alliierten und der deutschen Delegation nicht erzielt werden konnte. Die seit mehreren Monaten im Gange befindlichen Verhandlungen nähern sich ihrem Ende. Das Sachverständigen- und der Berechtigtenausschuss des Vorkommens haben es ermöglicht, beide Fragen zu lösen, deren Regelung die Durchführung des Dawes-Planes wesentlich erleichtern wird.

Folgen der Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages.

Die Deutsche Handelskammer in Barcelona hat an die Reichsregierung anlässlich der Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsabkommens durch den handelspolitischen Ausschuss des Senats das folgende Telegramm gerichtet:

„Abstimmungsergebnis handelspolitischen Ausschusses hat sofort lähmend auf deutschen Absatz in Spanien gewirkt. Angesichts nunmehr befürchteten Zollkrieges ablehnen spanische Käufer Bergbau neuer Aufträge, annullieren bereits erteilte. Um Bruch Handelsbeziehungen zu vermeiden, Statifikation Abkommens unbedingt erforderlich.“

Neue Ausschreitungen in Damaskus.

Damaskus, 10. April. Gestern nachmittag kam es hier wiederum zu ersten Ausschreitungen. Die Menge griff die zum Schutze Lord Balfours beorderte Polizei mit Knütteln an und versuchte, in das Hotel, welches Balfour bewohnt, einzudringen. Balfour hat das Hotel nicht verlassen. Regierungstruppen mit Kavallerie, Panzerautos und Flugzeugen die Rauchbomben abwarfen, mühten herbeizurufen werden. Eine Anzahl von Polizisten wurde verletzt ebenso 50 Zivilisten. Der Oberkommissar General Sarrail empfahl Balfour dringend, sofort abzureisen. Während die Truppen die Aufmerksamkeit der Menge ablenkten, fuhr Balfour unerkannt im Auto ab. Er ist nach Beirut gefahren, wo er an Bord eines Dampfers gehen wird.

Türkischer Heeresbericht.

Angora, 10. April. „Am 7. April haben unsere Truppen die Ortschaft Angnoui (?) wieder erobert und den in jener Gegend operierenden Aufständischen schwere Verluste zugefügt. Vor unseren von verschiedenen Seiten vorrückenden Kräften ziehen sich die Aufständischen in den Raum von Guendje und Tschapattschur zurück.“

Mordüberfälle auf Faschisten.

In Foenza wurden auf dem Corso zwei Faschisten von einem Kommunisten aus dem Hinterhalt erschossen. Der ihnen zu Hilfe eilende Milizoffizier Graf Pauli Naldi wurde schwer verletzt, worauf der Täter mit zwei Genossen flüchtete. Die Miliz wurde mobilisiert, die Geschäfte wurden zum Zeichen der Trauer geschlossen.

In Capua wurde ein Eisenbahnmilizsoldat, als er einen Diebstahl an einem Waggon verhindern wollte, erschossen.

Bei Bari entstand zwischen Faschisten und Comibattanti eine Schießerei, wobei ein Faschist vermerdet wurde. Die faschistische Presse warnt vor Repressalien wegen dieser Häufung antifaschistischer Morde und fordert strengste Handhabung der Ordnungspolizei gegen die Täter.

Vor dem zweiten Gang.

Von Dr. Rüdiger, R. d. R.

Der 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl stand ganz unter dem Zeichen parteipolitischer und parteitaktischer Orientierung. Persönlichkeitsfragen und staatspolitische Ziele waren in den Hintergrund getreten. Es war keine Volkswahl, die sich da vollzog, sondern eine Parteiwahl. Die Hoffnung, daß der zweite Wahlgang von einer höheren Warte aus vorbereitet werden würde, hat sich nur in sehr bescheidenem Umfange erfüllt. Es wird denen, die sich in Deutschland als politische Führer fühlen, doch eben sehr schwer, bei großen staatspolitischen Notwendigkeiten sich von parteipolitischen Wertmaßstäben frei zu machen. Besonders stark wurde der parteipolitische Einschlag bei den Vorbereitungen des zweiten Wahlganges durch das Hinspielen der unglückseligen preussischen Regierungskrisis, die vier Monate lang den ministeriellen Betrieb im größten deutschen Gliedstaat zum Gespött der Welt lahmlegte. Es mögen alle Parteien bei den jetzigen Vorgängen gefündigt haben, aber zwei Momente stehen doch für jeden, der noch klar sehen kann, im Vordergrund: die für den ersten Wahlgang gebrachte überparteiliche Kandidatur wurde von der Deutschen Volkspartei zurückgezogen, und dieselbe Partei beschloß die preussische Regierung der großen Koalition, die sich nach dem wiederholten Zugeständnis der Deutschen Volkspartei selbst aufgezeichnet bewährt hatte, zerschlug sie ohne die Möglichkeit einer anderen Regierungsbildung zu haben. Um das trübe Bild zu vervollständigen, wurde der für den zweiten Wahlgang erneut ausgenommene, im ersten Wahlgang von den Demokraten gebrachte Gedanke der überparteilichen Kandidatur Simons wiederum vom Parteigeist ertötet.

Bundest fanden sich Jarres und Marx gegenüber. Das lange Bögen des Reichsblokes, Jarres endgültig zu nominieren, war der beste Beweis dafür, daß Jarres selbst in diesen Kreisen instinktiv als das empfundene wurde, was er ist, als zwar ehrenwerte, aber weltpolitisch und staatsmännlich doch herzlich unbedeutende Persönlichkeit. Die nach langem, unwürdigem Hin und Her schließlich zustande gekommene Aufstellung von Hindenburg konnte nur von Leuten eingeleitet werden, die in ihrer Hilflosigkeit überhaupt nicht mehr ein noch aus wußten, denn sonst hätten sie nicht das Gefühl dafür verloren, welche Verfündigung es an dem greiten Feldmarschall und am deutschen Volk bedeuten muß, die verehrungswürdige Gestalt des Heerführers in ein Mikroskop zu zerren, von dem er sich selbst bisher abschätzte fern gehalten hat, weil er wußte, daß es für ihn sich nicht eignet, und ihn der Gefahr auszuweichen, der Länderei erlegen ist, der Gefahr, daß seine historischen Verdienste in der Leichtigkeit des deutschen Volkes zerseht würden durch Betreten des für ihn unbekannten Gebietes der hohen Politik und der Staatsführung. Wie jemand ein sehr gutes Staatsoberhaupt sein kann, ohne die geringsten Fähigkeiten zur Heeresführung zu haben, so kann ein bedeutender Heerführer aller der Voraussetzungen bar sein, die sich in einem Staatsoberhaupt erfüllen müssen. Die Fiktion, daß in einem Staatsoberhaupt beides von Geburt oder „von Gottes Gnaden“ vorhanden sein müsse, ist für ein republikanisches Staatswesen noch weniger zu gebrauchen, wie für die Monarchie.

Beide Kandidaturen, sowohl Hindenburg wie Marx sind parteipolitische Kombinationen, und müssen als solche gewertet werden. „Reichsbloke“, „Volksbloke“ oder andere schöne Schlagworte sind Firmenschilder für die breite Masse, dahinter bleibt die Wahrheit bestehen, daß die Parteitaktik sich dort auf den Stuhl gesetzt hat, wo der Majestät des Volkes hätte der Sitz bereitet werden sollen.

Würdigt man aber die beiden Kandidaten unter diesem Gesichtswinkel, so ergibt sich die klar erkennbare Lage, daß hinter Hindenburg die politischen Kräfte der Rechtsströmungen und der Antirepublikaner stehen, hinter Marx aber stehen die Kräfte der Mitte. Die Gegner der Kandidatur Marx suchen sie als eine solche des Linksblokes hinzustellen. Von einem solchen könnte man vielleicht reden, wenn Zentrum und Demokraten auf einen sozialdemokratischen Kandidaten eingeschwenkt wären. In Wirklichkeit sind die Sozialdemokraten an die Mitte herangerückt, die vom Zentrum und von den Demokraten gebildet wird, nachdem die Volkspartei rettungslos ins rechte Fahrwasser abgeschwommen ist. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie zu einem Kandidaten der Mitte ist an sich schon ein harter politischer Gewinn, wie stark der praktische Erfolg sein wird, muß der Wahlausgang lehren.

Das Ausland zur Kandidatur Hindenburgs.

Die ausländische Presse beschäftigt sich eingehend mit der Kandidatur Hindenburgs. Ohne Ausnahme bezeichnet man sie für verfehlt. Der „Times“ schreibt in einem Leitartikel:

„Die Lage ist jetzt wenigstens klar geworden. Am 26. April wird durch Volksabstimmung entschieden werden zwischen der Republik und der Monarchie, zwischen der

Konsolidierung der Weimarer Verfassung und der Wiederaufrichtung des Kaiserthums der Hohenzollern.

Allerdings ist noch keineswegs gesagt, daß die Kandidatur Hindenburg die Aussichten der Republik wesentlich erhöhen wird. Dadurch, daß die Konservativen den Namen des Feldmarschalls gewonnen haben, wollten sie die Wahrsprüche der Volksparteien, die Wirtschaftsparteiler und die Hannoveraner für sich gewinnen. Man muß abwarten, ob die Massen dieser Parteien der Kandidatur Hindenburg die Unterstützung bringen werden, die zum Erfolg notwendig ist. Die Furcht vor dem Abenteuer und vor dem Sprung ins Ungewisse kann die Kandidatur Marx nur begünstigen, weil dieser eine Politik der Einigung im Innern und der Verständigung äußerlich betreibt. Die Lager haben sich jetzt in Deutschland gegenüber. Der Reichsbloke mit Hindenburg und der Volksbloke mit Marx, dem Führer einer Demokratie, die ihre Wege sucht. Noch einmal hat das deutsche Volk sein Schicksal in der Hand.

Die amerikanischen Zeitungen heben hervor, daß Hindenburg auf schriftlichen

Befehl aus Doorn

zugestimmt hat. „Herald and Tribune“ beginnt die Mitteilung mit dem Satz: „Der frühere Kaiser Wilhelm ist eine zum Kandidaten für das Amt des deutschen Reichspräsidenten nominiert worden.“

Die Presse des Reichsblokes ignoriert die ausländischen Stimmen oder bekennt offen:

„Wir stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß die Präsidentenwahl in Deutschland eine Angelegenheit des deutschen Volkes ist und das Ausland gar nichts angeht. Jeder Versuch eines Druckes von außen muß als unehrbare und unerträgliche Einmischung in unsere inneren Verhältnisse zurückgewiesen werden.“

Nach diesem offenen Bekenntnis ist es nicht verwunderlich, wenn ein österreichisches Blatt zur Kandidatur Hindenburgs schreibt: „Die Reichspräsidentenwahl Hindenburgs gleicht dem

Aussehen der Kriegslage auf einem kampfunfähigen Boot.“

Der Ausschuss für Heeresbeschaffungen.

Habas veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Alliierten Regierungen und die Deutsche Regierung hatten zur Durchführung der Bestimmungen des Dawes-Planes, der sich auf die den Befehlungsarmeen des Rheinlandes zu leistenden Beschaffungen beziehen, einen Ausschuss eingesetzt, der für die Abschätzung der Beschaffungen Richtlinien ausarbeiten soll, die für die Abrechnung der Ausgaben maßgebend sein sollen. Der ehemalige Präsident der Internationalen Haager Konferenz für russische Fragen und Delegierter der Niederlande bei der Brüsseler Finanzkonferenz sowie bei der Konferenz von Genua. Petijn, hatte den Vorsitz dieses